

## Gewerkschaften und Umweltverbände gemeinsam für einen neuen Gesellschaftsvertrag

# An die Arbeit!

Die Welt befindet sich in multiplen Krisen. Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e. V. und der Deutsche Gewerkschaftsbund sind entschlossen, grundsätzliche Fragen unserer gesellschaftlichen Ordnung neu auszuloten: Dafür haben Olaf Bandt und Konrad Klingenburg gemeinsame Statements für einen neuen sozial-ökologisch gerechten Gesellschaftsvertrag formuliert.

### Ein Gespräch zwischen Olaf Bandt und Konrad Klingenburg

**Gemeinsames Statement.** Wir wollen unseren Planeten retten, für mehr Gerechtigkeit sorgen und unsere Artenvielfalt erhalten, wir wollen gute Arbeit, Mitbestimmung und Teilhabe sichern und ausbauen und wir stehen hinter dem Motto der Nachhaltigen Entwicklungsziele der Vereinten Nationen *Leave no one behind*. In dieser Zeit über neue Bündnisse zwischen Umweltverbänden und Gewerkschaften zu sprechen, liegt nahe. Unser auf Wachstum basierendes Gesellschaftssystem hat die globalen ökologischen Grenzen massiv überzogen und gerät nun in sozialer Hinsicht an seine Grenzen, denn die Ungleichheit von Einkommen und Vermögen steigt, auch in Deutschland. Und das obwohl die Gewerkschaften in den letzten Jahren viele sehr gute Tarifabschlüsse für die Beschäftigten in Deutschland erreicht haben.

**Olaf Bandt:** Wir als Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e. V. (BUND) haben lange versucht, ordnungsrechtliche Vorgaben aus rein ökologischer Perspektive durchzusetzen und das Individuum als zentralen Akteur betrachtet. Das hat vieles bewegt und gleichzeitig viele Menschen verschreckt, weil es die soziale Perspektive und die Bedeutung von Arbeit vernachlässigt. Mit Blick auf die Gesamtheit der Umweltakteure glaube ich, dass auch die jahrelange politische Marginalisierung unserer ökologischen Forderungen dazu beigetragen hat, dass marktbasierter Konstrukt wie der Emissionshandel nach außen in Richtung Politik und Öffentlichkeit positiv bewertet wurden, obwohl es gegenüber marktbasierter Instrumenten bei uns im BUND, aber sicher auch bei anderen Organisationen, schon immer eine begründete Skepsis gab. Rückblickend waren wir da zu wenig sensibel für eigene ökonomische und

kulturelle Privilegien. Heute wissen wir auch empirisch, dass durch das Wechseln der Glühbirne allein das Klima nicht gerettet ist, dass es struktureller Änderungen bedarf, um das Artensterben, die Klimakrise und die massive Übernutzung von Ressourcen zu stoppen. Wir brauchen eine grundsätzliche Transformation unserer Produktions- und Lebensweisen. Es ist uns bewusst, was wir den Beschäftigten damit zumuten. Das Ambitionsniveau suchen wir uns aber nicht aus – es ist schlicht der derzeitige Stand der Wissenschaft. Was wir anbieten wollen, ist unsere Solidarität und die ausgestreckte Hand auf der Suche nach einem guten Leben für alle – überall.

**Konrad Klingenburg:** Auch wenn dem *Deutschen Gewerkschaftsbund* (DGB) und seinen Mitgliedsgewerkschaften immer wieder vorgehalten wird, dass sie mit ihrem klaren Bekenntnis zu einer international wettbewerbsfähigen Industriepolitik Umwelt- und Klimaschutz vernachlässigt haben, bleibt doch festzuhalten, dass seit Anfang der 1970er-Jahre – man denke an die berühmte *Oberhausener Konferenz* der IG Metall 1972 – beide Themen immens an Bedeutung gewonnen haben. Das gilt für die Programmatik genauso wie für das Handeln des DGB und seiner Mitgliedsgewerkschaften. Schon Anfang der 1970er-Jahre hat der damalige DGB-Vorsitzende Heinz-Oskar Vetter formuliert: „Wir haben keine andere Wahl, wir müssen radikal brechen mit den bislang unsere Wirtschaft und Gesellschaft beherrschenden Prinzipien des privaten Gewinns und des unkritisch gesehenen Wachstums.“ Nun mag man einwenden, dass es diesen radikalen Bruch in der Programmatik eher gegeben hat als im Handeln. Dennoch waren und sind Gewerkschaften immer wieder gefordert, wirtschaftspolitische Veränderungen im Sinne ihrer Mitgliedschaft mitzugestalten und zu verhindern, dass zum Beispiel bei der Einführung neuer, vielleicht revolutionärer Technologien und Produktionsweisen genauso wie in Zeiten tiefer gesellschaftlicher Umbrüche Menschen ihre Jobs und damit ihre Lebensgrundlage verlieren. Das gilt gerade auch in der heutigen Zeit mit ihren vielfältigen, hoch dynamischen Veränderungen und Herausforderungen.

Wir Gewerkschaften unterstützen die internationalen Klimaschutz-Abkommen und die in ihnen festgelegten Ziele. Aber wir sagen, dass Klimaschutz und Beschäftigung, also die sozialen Wirkungen, im Einklang stehen müssen. Wir dürfen unsere industrielle Zukunftsfähigkeit nicht gefährden. Für uns ist aber auch klar, der Weg in eine kohlenstoffarme Zukunft ist alternativlos, er muss gerecht gestaltet sein und darf niemanden zurücklassen.

Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften sind davon überzeugt, dass Strukturwandel immer gerecht gestaltet wer-

den muss, um dauerhaft gesellschaftliche Akzeptanz zu finden. Vor allem aber brauchen die betroffenen Branchen, Regionen und Beschäftigten Planungssicherheit und verlässliche Perspektiven. Klimaschutz geht nur sozial. Mit einem Paket aus einer ambitionierten Klimaschutzpolitik und einer aktiven Strukturpolitik bietet der Wandel große Chancen für neue und nachhaltige Beschäftigung und vor allem „Gute Arbeit“.

Eine Politik, die ambitionierte Ziele formuliert, ohne konkret darzulegen, wie diese erreicht werden können, ist unverantwortlich, denn sie verunsichert die Menschen. Es fehlt uns heute weniger an Zielvorgaben als an klaren Vorstellungen, wie diese erreicht werden können, ohne den sozialen Frieden und auch die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft in einer verschärften internationalen Konkurrenzsituation über die Maßen zu gefährden. Unhaltbare Versprechungen hat es zu viele gegeben. Wir dürfen die Menschen nicht alleine lassen, nach dem Motto „Wir machen jetzt Klimapolitik, wir schalten die Kraftwerke mit euren Arbeitsplätzen ab und wir versprechen, dass wir für euch schon noch was tun.“ Auf blühende Landschaft warten zum Beispiel die Menschen in der Lausitz immer noch.

**Gemeinsames Statement.** In Deutschland wurden die öffentliche Daseinsvorsorge und soziale Sicherungssysteme zusehends ausgehöhlt. Für die Menschen in den ländlichen Regionen ist es spürbar, viele fühlen sich abgehängt. Die verschärfende Debatte um Mieten in Ballungszentren zeigt, dass sich nicht mehr alle Menschen das Leben in der Stadt leisten können. Der auf Wachstum beruhende Gesellschaftsvertrag, der einst versprach, stets die Gruppe derjenigen zu vergrößern, die zur Mittelschicht eines Landes hinzugerechnet werden können, scheint bei einer breiten Masse nicht mehr zu tragen. Die Erosion dieses Versprechens und die sich daraus entwickelnden Unsicherheiten wirken bis weit in akademische Milieus und treffen dort zunächst die Menschen mit den geringsten Privilegien in unserer heutigen Gesellschaft – junge Menschen, Menschen, die Rassismus, Sexismus und Behindertenfeindlichkeit erleben, und Menschen aus sozial schwachen Milieus. Auch die Beschäftigten mehrerer Schlüsselindustrien sind von einer sozial-ökologischen Transformation besonders betroffen. Ein wirklich sozial-ökologisches Projekt muss die Perspektiven dieser Beschäftigten nach vorne stellen. Dies muss zwingend Einfluss auf das „wie“ der Transformation haben, allerdings nicht auf das „ob“ und „wann“.

**Olaf Bandt:** Klassische umweltpolitische Forderungen wie die der Internalisierung externer Kosten (und die damit verbundenen Preisanstiege) verlieren in einem solchen gesellschaftlichen Rahmen für breite Teile der Bevölkerung ihre Legitimation. Zumal diese jetzt in einer Situation auftreten, in der Schlüsselindustrien in Deutschland wie Energieversorgung und Fahrzeugbau in ihren Geschäftsmodellen grundsätzlich infrage gestellt sind. Viele Menschen fühlen sich in der Dis-

kussion eingeklemmt zwischen wachsenden ökologischen Ansprüchen und wachsenden Kosten am Markt. Hier müssen wir diskutieren, wie wir als Gesellschaft möglichst ökologisch leben können, ohne aber zeitgleich die Menschen mit geringen Einkommen auszuschließen. Das ist uns als BUND ein zentrales Anliegen, bei dem wir für gesellschaftliche Veränderungen aber Kooperationspartner brauchen.

**Konrad Klingenburg:** Für den DGB ist klar: Die Politik muss beim Klimaschutz aufs Tempo drücken, denn auf einem toten Planeten wird es keine Arbeitsplätze mehr geben. Wir wollen gute Arbeit auf einem lebenden Planeten!

Klimaschutz erfordert massive Investitionen, insbesondere der öffentlichen Hand, in Wind- und Solaranlagen, Kraft-Wärme-Kopplung, Gaskraftwerke, Stromnetze und Stromspeicher. Deswegen brauchen wir einen Richtungswechsel in der Steuer- und Finanzpolitik. Wer Klimaschutz will, muss die schwarze Null abschaffen und hohe Einkommen und Vermögen stärker an der Finanzierung der Transformation beteiligen.

Ohne einen kosteneffizienten und stetigen Ausbau erneuerbarer Energien und der Infrastruktur haben wir nicht die Grundlage, um die Kohle beschleunigt auslaufen zu lassen. Und nur so werden wir die Klimaziele in der Energieversorgung für 2030 erreichen.

Es werden ständig Ausstiegsdebatten geführt. Warum wird nicht endlich mal eine Einstiegsdebatte geführt, nämlich über den Beitrag anderer Sektoren zum Klimaschutz und zur Energiewende? Oder ganz konkret über einen anspruchsvollen Netzausbau oder über Stromspeicher und wie Menschen davon überzeugt werden, Windräder oder Überlandmasten in ihrem Blickfeld zu mögen? Oder in die energetische Gebäudesanierung oder den Ausbau von Schienennetzen und anderer Infrastruktur. Außerdem muss eine Ansiedlungspolitik gemacht werden, die mit staatlichen Anreizen dafür sorgt, dass neue Unternehmen in Regionen kommen, die mit Energie zu tun haben. Die Menschen, die in den betroffenen Regionen arbeiten, wollen eine Perspektive für sich und für ihre Kinder. Dafür müssen auch genug Mittel zur Verfügung stehen. Jetzt müssen tatsächlich innovative Industrien her. Und Forschungseinrichtungen. Die Gewerkschaften haben es von Anfang an zur Bedingung gemacht, dass neue Wertschöpfung und Arbeitsplätze im gleichen Umfang aufgebaut werden, wie sie wegfallen werden. Wir haben gute Erfahrungen in der Strukturförderung mit der Einbindung der Sozialpartner. Diese gute Tradition muss gerade in so wichtigen Zukunftsfragen fortgesetzt und intensiviert werden.

**Gemeinsames Statement.** Die Sicherung von Grundbedürfnissen muss durch erhebliche Investitionen in Form eines Zukunftsinvestitionsfonds sichergestellt werden. Diese Gelder müssen zudem eine sozial-ökologische Infrastruktur in öffentlicher Hand sicherstellen und eine Re-Regionalisierung der Wirtschaft gestalten, die im Rahmen eines fairen Handelssystems weltoffen bleibt, aber primär dezentrale Wirtschaftskreisläufe stärkt. Wir wollen

die Debatte um Gemeingüter und öffentliche Daseinsvorsorge stärken und mit guter Arbeit, Mitbestimmung und Teilhabe verbinden.

**Olaf Bandt:** Eine sozial-ökologische Infrastruktur muss die Gemeingüter in Schlüsselsektoren so organisieren, dass ein ökologisches Leben möglichst unabhängig von Einkommen und in einer starken Demokratisierung möglich wird. Sie kann als geführter Übergang in eine Postwachstumsgesellschaft genutzt werden und würde zudem Sicherheit in der Daseinsvorsorge für viele im Angesicht der tief greifenden Veränderungen bedeuten. Teilhabe durch Demokratisierung ist dabei auch eine Chance, die Angst vor der Größe der Veränderungsprozesse abzufedern. Im Bereich der Energieversorgung haben wir zum Beispiel mit der dezentralen Bürger/innenenergie, den Stadtwerken und den Energienetzen in der Hand der Kommunen eine ausgezeichnete Basis, um gleichberechtigte Teilhabe und Mitbestimmung an einer demokratisierten Energieversorgung für alle Menschen gleichermaßen aufzubauen. Dafür fehlen aber derzeit noch kluge Konzepte, die sensibel für ökonomische und kulturelle Privilegien sind und eine solche Struktur auf Makroebene durchdenken, auch unter dem Gesichtspunkt der Vernetzung der lokalen Strukturen. Dabei will ich deutlich sagen, dass die geringe Betriebsratsdichte in der Branche der erneuerbaren Energien aus meiner Sicht nicht mehr hinnehmbar ist. Mit Blick auf die Teilhabe der Beschäftigten müssen Konzepte so weiterentwickelt werden, dass sie gleichberechtigt über die Entscheidungen des Betriebs mitreden können. Ein Beispiel wäre natürlich das der Genossenschaften, bei denen die Beschäftigten gleichberechtigt Anteilseigner/innen sind. Aber auch hier müssen wir uns gesellschaftlich und in Kooperation mit Partner/innen aus Wissenschaft und Gewerkschaften auf die Suche nach guten Konzepten begeben. Ähnliche Ideen gibt es mit der Agrarökologie im Bereich Ernährung und mit Blick auf internationale Mobilitätskonzerne haben wir durch Kevin Kühnert eine Debatte über Vergesellschaftung begonnen. Auch dieser Debatte müssen wir uns stellen. Wie wollen wir die Beschäftigten über Mitbestimmung und Teilhabe bei der Transformation mitnehmen und wie wollen wir internationale Großkonzerne wandeln? Welche Unternehmensformen sind zum Beispiel nötig, um Gemeinwohl in den Fokus zu bringen? Der Beitrag zu Verantwortungseigentum und einer gemeinwohlorientierten Plattformökonomie in *Ökologisches Wirtschaften* war ein wichtiger erster Schritt. Warum sollen wir die Mobilitäts-Sharing-Angebote den großen Kapitaleigentümern überlassen? Organisieren wir die Verkehrswende doch lieber dezentral von unten – das war auch bei der Energiewende der Schlüssel zum Erfolg. Wir müssen uns darüber im Klaren sein, dass die nächste Grenzwertanpassung, der nächste Zertifikate-Handel nicht mehr reichen, um unser Klima, unsere Artenvielfalt zu erhalten und die sozialen Spaltungen in der Gesellschaft zu kitten. Für uns ist das kein geübter Kooperationsmodus, in dem man alte, längst gestellte Forderungen aneinanderhält und schaut, in welchen Bereichen sie kompa-

tibel sind. Wir müssen uns mit Partner/innen auf Leitplanken für eine Vision verständigen. Unser Ziel ist es, auch durch harte Grenzwerte, am Ende genug für alle statt sehr viel für wenige zu haben und damit mehr Lebensqualität, eine gesunde Umwelt und gute Arbeit.

**Konrad Klingenburg:** Uns geht es darum, langfristige Strategien für eine sozial-ökologische Modernisierung unserer Wirtschaft und Gesellschaft zu entwickeln. Das gilt umso mehr, weil Klimaschutz ja bei Weitem kein Thema ist, das die Bundesrepublik allein bewältigen kann. Auch hier sind die Herausforderungen eher noch größer geworden, wenn man die „Klimapolitik“ der aktuellen amerikanischen oder brasilianischen Regierung betrachtet.

Aus unserer Sicht bleibt es dabei, dass ein gerechter Strukturwandel Chancen für Industrieländer, aber auch Nationen aus dem globalen Süden bietet. Dafür bedarf es auch einer starken Industrie, die wichtige Produkte für eine nachhaltige Entwicklung liefert. Industriepolitik zu machen, bedeutet längst nicht mehr, Klimaschutz zu lassen. Hier müssen Scheren im Kopf überwunden werden, was in der betrieblichen Praxis oft schon besser gelingt als auf der verbandspolitischen Ebene. Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften haben seit jeher den Anspruch, sich in wichtige gesellschaftspolitische Debatten einzumischen und unsere Gesellschaft im Sinne der arbeitenden Menschen und ihrer Mitgliedschaft zu gestalten. Natürlich ist unser wichtigstes Handlungsfeld der Betrieb, aber wir haben klar den Anspruch, auch auf der größeren Bühne mitzuspielen. Und wir haben für die Debatten etwas anzubieten, nämlich die jahrzehntealte Erfahrung, dass es gerade bei großen Strukturbrüchen unverzichtbar ist, Menschen an Prozessen zu beteiligen und sie einzubinden. Ohne mehr Mitbestimmung wird der aktuelle Transformationsprozess nicht gelingen können.

Wenn wir mit einem sozial-ökologischen Umbau starten, wird es vieles geben, nur nicht zu wenig Arbeit. Es wird daher besonders darauf ankommen, wie die Übergänge gestaltet werden und welche Perspektiven wir den Menschen geben. Wir brauchen ein starkes, solidarisches Miteinander und eine gemeinsame Vision, die die Menschen motiviert, sich für die notwendigen strukturellen Veränderungen einzusetzen.

#### AUTOREN + KONTAKT

**Olaf Bandt** ist seit 2008 Bundesgeschäftsführer für Politik & Kommunikation beim Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e. V. (BUND).

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e. V. (BUND), Kaiserin-Augusta-Allee 5, 10553 Berlin.  
Tel.: +49 30 27586-40, E-Mail: [olaf.bandt@bund.net](mailto:olaf.bandt@bund.net),  
Website: [www.bund.net](http://www.bund.net)



**Dr. Konrad Klingenburg** ist seit 2018 Bundesvorstandssekretär des Deutschen Gewerkschaftsbunds (DGB).

Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB),  
Henriette-Herz-Platz 2, 10178 Berlin.  
Tel.: +49 30 24060-255,  
E-Mail: [konrad.klingenburg@dgb.de](mailto:konrad.klingenburg@dgb.de),  
Website: [www.dgb.de](http://www.dgb.de)

